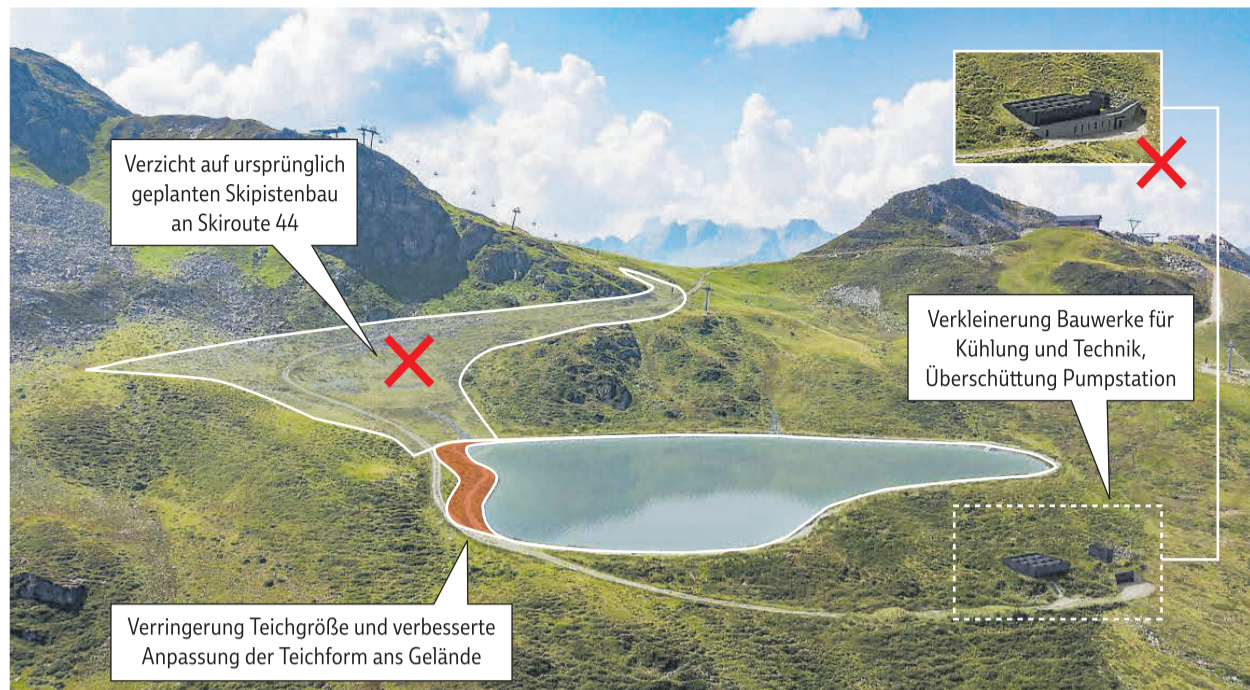


Das überarbeitete Speicherteichprojekt Schwarzköpfe



VN-GRAFIK

Speicherteichprojekt wurde abgespeckt

Silvretta Montafon reicht überarbeitetes Speicherteichprojekt ein.

ST. GALLENKIRCH Weniger Teichinhalt, Verkleinerung der Bauwerke für Kühlung und Technik und Verzicht auf die Skipiste 44: Das sind die wesentlichen Eckpunkte des überarbeiteten Projekts Speichersee Schwarzköpfe der Silvretta Montafon (SiMo) in St. Gallenkirch, das diese Woche neuerlich eingereicht wurde.



„Zwischen der ersten und zweiten Projektvariante ist kaum ein Unterscheid zu erkennen.“

Katharina Lins
Naturschutzanwältin

Für das viel diskutierte und teils scharf kritisierte Projekt geht es damit in die nächste Runde. Die sich abzeichnende Anforderung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sei nicht der Grund für die Neuorientierung gewesen, beteuert SiMo-Geschäftsführer Martin Oberhammer. Bereits im Mai hatte das Tourismusunternehmen angekündigt, das Bauvorhaben dem aktuellen Stand der Technik anpassen zu wollen. „Wir

haben 2014 mit diesem Projekt gestartet. In der Zwischenzeit hat sich die Alpin-Technik weiterentwickelt. Diese neue Technologie wollen wir uns nun zunutze machen“, so Oberhammer gegenüber den VN.

Während man bei der SiMo von der „Einhaltung höchster Umweltstandards“ spricht, sorgt das überarbeitete Projekt bei der Naturschutzanwaltschaft keinesfalls für Freudenstöße. „Es war zu erwarten, dass die Silvretta Montafon alles daran setzt, dem UVP-Verfahren zu entgehen. Man wird sehen, ob es ein Feststellungsverfahren geben wird und was dabei herauskommt“, sagt Katharina Lins.

„Das Speichersee-Projekt wurde in den Sommermonaten evaluiert und zusätzliches Expertenwissen eingeholt“, heißt es seitens der SiMo, deren Geschäftsführer davon spricht, das Bauvorhaben in vielerlei Hinsicht weiter optimiert zu haben. „Wenn man so einen Eingriff macht, ist es nur gut, wenn man sich Expertise einholt“, kontert Lins, der die Änderungen deutlich zu wenig weit gehen.

Im Vergleich zum ursprünglich eingereichten Projekt verringert sich der geplante Teichinhalt um 33.200 m³ auf 274.000 m³. Zudem wurde die Teichform adaptiert. Ein innovatives System ermöglicht weiters eine energieeffizientere Wasserkühlung. Für das Projekt

bedeutet dies, dass ein Großteil der Pumpstation überschüttet bzw. quasi unterirdisch ausgeführt werden kann, was einer landschaftsbildlichen Optimierung gleichkommt. Auf den anfangs geplanten Skipistenbau entlang der Skiroute 44 wird nun komplett verzichtet. „Dadurch wird die Eingriffsfläche in Summe



„Wir hoffen auf eine zeitnahe Entscheidung in den nächsten Monaten.“

Martin Oberhammer
GF Silvretta Montafon

um 1,42 Hektar reduziert“, rechnet Oberhammer vor.

„Fakt ist, dass der Eingriff im Wesentlichen der gleiche bleibt“, entgegnet Lins. „Wobei die Frage bleibt, ob dieser in der Form wirklich notwendig ist.“ Geht es nach der SiMo ist er das. „Das Projekt ist für den Tourismus der gesamten Talschaft von großer Bedeutung“, so Oberhammer, der hofft, dass das Vorhaben nun „in angemessener Zeit“ realisiert werden kann. **VN-JS**

Faire Abgeltung für Schülerbeförderung

Fehlende praxisgerechte Vergütung erschwert die Abwicklung der Schülertransporte.

FELDKIRCH Die Tarife für Schülertransporte für das laufende Schuljahr wurden um 1,4 Prozent, also im Ausmaß des Verbraucherpreisindex, erhöht. „In den Budgetverhandlungen müssen Lösungen für die strukturellen Defizite der vergangenen 20 Jahre verankert werden, damit keine Schüler auf der Straße stehen“, kritisiert nun die Fachgruppenobfrau der Vorarlberger Autobusunternehmen, Elke Bereuter-Hehle. Die Betriebe würden nur durch Zuschüsse der Gemeinden kostendeckend fahren können: „Die Gemeinden sind in Sachen Schülerfreifahrt verlässliche und

lösungsorientierte Partner. Von der Übergangsregierung erhalten wir mit der jetzigen Tarifierhöhung jedoch keine annehmbare Lösung. Somit liegt es in der Hand der kommenden Regierung, die Rahmen-



Fachgruppen des Beförderungsgewerbes fordern neue Tarifverhandlungen. ISTOCK

bedingungen entsprechend anzupassen“, betont Bereuter-Hehle.

„Die Schülertarife, die jahrelang nicht gemäß den realen Kostensteigerungen angepasst wurden, entsprechen nicht mehr den finanziellen Aufwendungen, die ein seriös arbeitendes Unternehmen für die korrekte Durchführung eines Schülertransportes benötigt“, betont auch Bernhard Drexel, Fachgruppenobmann-Stellvertreter des Personenbeförderungsgewerbes mit Pkw. Oftmals würden Kommunen einen Differenzbetrag finanzieren, um die Dienstleistungen für die Schüler sichern zu können. Aus diesem Grund fordern die Fachgruppen neue Tarifverhandlungen und eine Überarbeitung des Abgeltungsmodells. Die bisher rein streckenbezogene Vergütung müsse durch eine Zeitkomponente, also die geleisteten Stunden, ergänzt werden, fordern die Fachgruppen.



Kommentar
Peter Bußjäger

Chatverläufe

Die Veröffentlichung der Chatverläufe auf H.C. Straches Handy offenbart ein Sittenbild, das so alt ist wie die Zweite Republik. Nach 1945 verständigten sich die Entscheidungsträger von ÖVP und SPÖ darauf, das zerstörerische Gegeneinander aus der

„Die österreichischen Behörden werden wohl in Zukunft immer weniger vertrauliche Informationen erhalten.“

Zeit der zwischen 1918 und 1938 hinter sich zu lassen und teilten die Republik einvernehmlich in schwarze und rote Einflussphären auf. Damit konnten Gräben zugeschüttet und gemeinsam gegen die Besatzungsmächte aufgetreten werden.

Heuchler

Der wirtschaftliche Erfolg der Zweiten Republik gab den Parteien recht, sodass sie darauf vergaßen, den Postenschacher einzustellen, als er eigentlich nicht mehr zweckmäßig war. So wurden weiterhin alle maßgeblichen Institutionen in diesem Staat - vom ORF, über den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof bis zu nachgeordneten Behörden - von Personen geleitet, denen die Parteien vertrauten. Wer anderes behauptet, ist ein Heuchler oder hat keine Ahnung. Die Entscheidungsträger von früher hatten allerdings meistens noch keine Handys, und wenn sie etwas protokollierten, löschten sie ihre „Chatverläufe“ rechtzeitig.

Chatverläufe

Interessant ist aber auch, wie die Chatverläufe auf Straches

Handy ihren Weg an die Öffentlichkeit fanden. Informationen aus den Behördenakten können nämlich nur auf drei Arten an die Öffentlichkeit gelangen:

- » als offizielle Information der Behörden (was nicht vorliegt),
- » durch die Beschuldigten oder ihre Anwälte selbst (was hier wohl auszuschließen ist) oder
- » durch den Bruch der Amtsschwiegenheit von Mitarbeitern von Gerichten, Staatsanwaltschaft oder der Polizei. Das allein ist bereits eine Straftat. Sollte dafür Geld geflossen sein, liegt auch noch Korruption vor.

Zwar echauffiert sich die Öffentlichkeit zurecht über einen Postenschacher, den es in dieser Form schon seit Jahrzehnten gibt, aber nicht darüber, dass gut bezahlte Behördenmitarbeiter Akteninhalte „leaken“, wie es verharmlosend heißt. Dabei handelt es sich um Informationen, die zunächst in einem Gerichtsverfahren oder einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu bewerten wären.

Das bleibt für Österreich nicht ohne Konsequenzen: Schon längst haben ausländische Geheimdienste die Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bundesamt für Verfassungsschutz wesentlich zurückgefahren, weil wiederholt „leaks“ vorgekommen sind. Die österreichischen Behörden werden wohl in Zukunft immer weniger vertrauliche Informationen erhalten, wenn ihre Akten offene Bücher sind. Auch das wird letztlich der Republik schaden.

PETER BUSSJÄGER
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.

mehramsee drückt aufs Tempo

Initiative fordert mehr Verbindlichkeit beim Bahnausbau.

BREGENZ Das Abkommen der schwarz-grünen Landesregierung scheint derzeit eine begehrte Lektüre zu sein. Auch die Initiative mehramsee hat sich das knapp 90-seitige Werk genauer ange-

habt“, resümiert der mehramsee-Vorsitzende Pius Schlachter, fordert zugleich aber auch mehr Verbindlichkeit sowie Tempo bei der Planung ein. Insbesondere Letztere müsse gesamtheitlich erfolgen und ein zweigleisiges unterirdisches Bahnnetz sowohl für den Personals als auch den Güterverkehr im nördlichen Rheintal bis zur deutschen Grenze beinhalten. „Im Regierungsabkommen ist allerdings irritierender Weise sowohl von einem zweiten Gleis in Grenzgebieten als auch von einer eigenen Güterverkehrsstrasse die Rede“, merkt Schlachter an.



„Es ist sowohl von einem zweiten Gleis als auch von einer Güterverkehrsstrasse die Rede.“

Pius Schlachter
mehramsee-Vorsitzender

schaat. „Es freut uns grundsätzlich, dass unsere jahrelangen Bemühungen für die dringend notwendigen Investitionen in den Ausbau der Bahngleise den Weg in das Regierungsabkommen gefunden

Die Verantwortlichen vom mehramsee plädieren für die Aktualisierung der Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2002, die die unterirdische Streckenführung durch Bregenz und den seeseitigen Pfänderhang bis Lochau/Leiblach als Bestvariante ausgewiesen habe. Darüber hinaus müssten raumplanerische Vorsorgemaßnahmen getroffen werden, die eine solche Trassenführung ermöglichen und ein Finanzierungskonzept erstellt werden, das auch ergänzende Finanzierungsquellen zur öffentlichen Hand untersucht.